

Bleiben die Seezugänge erhalten?

Am Südufer des Sempachersees sind grosse Naturschutzprojekte geplant. Das hat Auswirkungen auf die Seezugänge.

Jonas Hess

Ein Gerücht machte vor wenigen Wochen die Runde. Der Rossbadi auf Neuenkircher Boden soll es an den Kragen gehen. Eine besorgte Rösslerin schrieb auf Facebook: «Habe munkeln gehört, dass die Badi in absehbarer Zeit aufgehoben wird.» Einige Telefonate später wird klar, woher die Befürchtungen kommen. Im Gebiet Schlichti plant die Vogelwarte Sempach Grosse. «Wir und die Korporation Sempach möchten mit der Revitalisierung am Südufer des Sempachersees einen konkreten Beitrag für die Biodiversität leisten, aber auch für die Bevölkerung und für den Kanton», erklärt Livio Rey, Mediensprecher der Vogelwarte, auf Anfrage.

Gleich vorweg: Die Rossbadi soll bestehen bleiben. «Sie wird vom Projekt nicht tangiert, da sie ausserhalb des Projektperimeters liegt», klärt Rey auf. Gleich daneben entstehe ein natürlicher Uferabschnitt, «der ein Wohnzimmer für Enten, Taucher und viele weitere Arten ist und darum der Natur vorbehalten bleibt». Das Land, wo die Revitalisierungen umgesetzt werden sollen, gehört der Korporation Sempach. Gemäss Rey leistet die Vogelwarte fachliche Unterstützung und einen finanziellen Beitrag. Die Gesamtkosten liessen sich noch nicht beziffern.

Eisvogel soll profitieren

Auf der insgesamt fünf Hektaren grossen Fläche sind auch Feuchtgebiete angedacht. Gemäss einer Vorstudie zum Projekt, die das Planungsbüro Sigmaplan auf seiner Website publiziert, soll ein Teil des Landes durch ein System aus Pumpen, Leitungen und Entwässerungsvorrichtungen temporär geflutet werden. Die Formulierung erinnert an ein Projekt im Wauwil-



Der Kanton will den Seezugang in Sempach künftig zugunsten des Naturschutzes stärker lenken.

Leserbild: Urs Gutfleisch

moos, das bürgerliche Politiker zu Vorstössen im Kantonsrat veranlasst hatte.

Livio Rey sagt dazu: «Weder am Südufer des Sempachersees noch im Wauwilermoos sind Flutungen vorgesehen.» Er spricht von «temporären Vernässungen von wenigen Zentimetern, die aber einen grossen Mehrwert für die Natur schaffen». Von der ökologischen Aufwertung des Uferbereichs sollen bedrohte Vögel wie beispielsweise die Zwergdommel und der Eisvogel profitieren. «Mit einem Lernort soll auch die Bevölkerung eine Möglichkeit erhalten, mehr über die Natur vor Ort zu erfahren.»

Bereits heute besteht im Gebiet Schlichti ein Lernort. Direkt am Ufer stehen Holzbaracken und ein Beobachtungsturm vor allem für Schulklassen. Gemäss der genannten Vorstudie sollen

diese Gebäude abgerissen und der Lernort anderswo aufgebaut werden. Auch der Feldweg in Ufernähe soll «an den Rand des Gebietes verlegt werden». Das soll «einen unzerschnittenen Übergang vom Röhricht zu den Feuchtwiesen» gewährleisten.

Was mit den Bauten geschieht, kann die Vogelwarte nicht alleine entscheiden. Der alte Holzturm sowie ein Bootshaus, in dem noch ein Boot der Wasserpolizei steht, gehören dem Kanton, so Rey. Abklärungen, wohin das Boot verschoben werden könnte, seien noch hängig. «Hier hoffen wir auf Hilfe des Kantons, damit das Projekt umgesetzt werden kann.»

Auswirkungen auf den Zugang zum Seeufer habe die Revitalisierung nicht, betont Livio Rey. «Das ist jetzt und künftig bei der Rossbadi, beim Camping, beim Seerestaurant und beim

Strandbad möglich. Schilf soll man generell nicht betreten.»

Zugang nicht «versperren»

Dem unerwünschten Betreten von wertvollen Naturflächen um den See will auch der Kanton Einhalt gebieten. Und zwar mit einem eigenen Revitalisierungsprojekt nicht weit von der Schlichti entfernt. Aus dem Strategiepapier «Revitalisierung Seeufer» der kantonalen Dienststelle Umwelt und Energie ist zu entnehmen, dass ab der Vogelwarte bis zur Minigolfanlage beim Altersheim Meierhöfli Schilfpflanzungen oder die Schaffung von Feuchtgebieten geplant sind. Das Vorhaben ist mit Kosten von 2,6 Millionen Franken das grösste und teuerste neben weiteren, die alle am Vierwaldstättersee geplant sind. Gemäss Viktor Schmidiger, Ab-

teilungsleiter Naturgefahren, seien aktuell Projektvorbereitungsarbeiten im Gang, die sicher noch bis Ende Jahr dauern würden. Danach werde der Kanton in Zusammenarbeit mit der Stadt Sempach öffentlich informieren. «Der Einbezug der Bevölkerung und der interessierten Kreise wird ein wichtiger Bestandteil sein», so Schmidiger. Der Perimeter sei bewusst genügend gross gefasst worden. «Dies ermöglicht, dass in gewissen Gebieten die ökologische Aufwertung im Fokus steht und in anderen Teilen die Naherholung.»

Schmidiger ist sich bewusst, dass die Bevölkerung gerade im Bereich der Festhalle die Uferzugänge «intensiv nutzt». Dort stehe daher auch die Naherholung im Zentrum. «Allgemein geht es nicht darum, den Seezugang zu versperren, sondern besser zu lenken.»

Unterschriften werden hinterfragt

Stadt/Kanton Luzern In der Schweiz sind für Volksinitiativen und Referenden wohl viele Unterschriften gefälscht worden. Die Bundesanwaltschaft führt mehrere Verfahren wegen des Verdachts auf Wahlfälschung.

Der nationale Skandal um fingierte Unterschriften beschäftigt nun auch den Kanton Luzern. Die Mitte hat eine Anfrage an die Regierung eingereicht. Der Fall «erschüttert das Vertrauen in unsere Behörden, die Politik und die direkte Demokratie», heisst es darin. Die Partei fragt deshalb nach Kontrollinstrumenten, um Wahlfälschung vorzubeugen. Auch will sie wissen, ob der Kanton Handlungsbedarf sieht, und ob die Unterschriften bei bereits eingereichte Initiativen und Referenden nochmals überprüft werden.

Offene Fragen zu fingierten Unterschriften gibt es auch in der Stadt Luzern. Die SP-Fraktion des Grossen Stadtrats hat nun eine Interpellation zum Thema eingereicht.

Die jüngsten Enthüllungen würden ernsthafte Fragen über die Integrität des demokratischen Prozesses aufwerfen, so die städtische SP. Sie will deshalb vom Stadtrat wissen, welche Bewilligungen in Luzern nötig sind, um auf öffentlichen Grund kommerziell Unterschriften zu sammeln, und wie viele solche Bewilligungen in den vergangenen beiden Jahren erteilt worden seien.

Vertrauen in den Prozess stärken

Weiter fragt die SP nach der Fehlerquote bei eingereichten, städtischen Initiativen in den letzten 10 Jahren. Zudem soll der Stadtrat darlegen, welche Massnahmen bei einer Häufung von ungültigen oder gefälschten Unterschriften getroffen würden, und wie die Bevölkerung darüber informiert würde – und auch, wie der Stadtrat sicherstelle, dass Unterschriftensammlungen in Luzern regelkonform verlaufen.

Zuletzt möchte die SP wissen, wie der Stadtrat ein mögliches Verbot von kommerziellen Unterschriftensammlungen beurteilt. Die Interpellation zielt darauf ab, das Vertrauen in den demokratischen Prozess zu stärken und Unregelmässigkeiten zukünftig zu verhindern, so die SP. (cgl/sre)

Hauseigentümer fühlen sich unter Druck gesetzt

Swisscom oder Prioris? Hauseigentümerinnen und -eigentümer mussten sich in den letzten Monaten mit dieser Frage befassen – und die damit verbundenen Kosten abwägen.

Federico Gagliano

Es ist Juli, als sich die Swisscom-Tochter Cables bei verschiedenen Hausbesitzern in Ruswil meldet. Die Firma will einen technischen Augenschein an diversen Objekten vornehmen. Einige Wochen später folgt ein Bericht: Darin enthalten auch ein Vertrag, der innerhalb von zwei Wochen unterzeichnet werden soll. Dieser garantiert die Erschliessung des Hauses an das Swisscom-Glasfasernetz – kostenlos. Jedoch nur, solange man innerhalb der Frist unterschreibt.

«Eine spätere Erschliessung ihrer Liegenschaft wäre grundsätzlich möglich, ist jedoch für Sie mit Kosten verbunden», steht im Brief, der unserer Redaktion vorliegt. Der betroffene Eigentümer, der anonym blei-

ben möchte, empfindet das als Druckversuch. Denn: Ende September stimmt Ruswil über das Glasfaserprojekt Prioris ab. Das Projekt will ländliche Regionen im Westen Luzerns mit Hochgeschwindigkeitsinternet ausstatten – im Vergleich zum Swisscom-Ausbau auch Haushalte ausserhalb der Bauzone.

Widerstand gegen Prioris

Damit das Projekt aber realisierbar ist, müssen auch Eigentümerinnen und Eigentümer innerhalb der Bauzone mitmachen. Ein Mindestinteresse von 60 Prozent der Haushalte ist nötig, um in einer Gemeinde mit den Planungsarbeiten zu beginnen. Gesprächsversuche zwischen Swisscom und Prioris sind bisher gescheitert. Gegen Prioris rührt

sich auch Widerstand in den Gemeinden, wie in mehreren Leserbriefen, die in dieser und anderen regionalen Zeitungen in den vergangenen Wochen erschienen sind, zu lesen war. Die Verfasser hinterfragen, wieso man die Anschlüsse ausserhalb der Bauzone mitfinanzieren soll, statt die kostenlose Swisscom-Variante in Anspruch zu nehmen.

Prioris basiere auf Solidarität, sagt deren Steuerungsausschuss. Indem man alle Haushalte gemeinsam aufwerte und die Kosten teile, profitiere die ganze Gemeinde. Für den betroffenen Ruswiler sei der Vertrag ein Versuch, «diesen solidarischen Gemeinssinn zu untergraben und die Wahlen zu beeinflussen». Er stehe hinter dem Projekt, da sonst ein Teil der Bevölkerung aussen vor bleibe.

Die Swisscom spricht auf Anfrage von Standardvorgehen: Die kostenlose Erschliessung der Liegenschaft sei besprochen worden und müsse nach der Entscheidung der Eigentümer eingeleitet werden. «In der Regel wird nicht nur eine einzige Liegenschaft angeschlossen, sondern ein Strassenzug oder ein Quartier, weshalb wir darauf angewiesen sind, dass die Verträge in einem gewissen Frist retourniert werden.»

Verhalten sei «nicht sauber»

Die Frist betrage vierzehn Tage, wobei nach Verstreichen mehrfach nachgefasst werde. Dass eine spätere Erschliessung mit Zusatzkosten verbunden sei, liege daran, dass ein erneutes Projekt gestartet werden müsse:

«Eventuell können neue Grabarbeiten anfallen, oder Baugebote müssen erneut eingereicht werden.» Franzsepp Erni, Gemeindepräsident von Ruswil und Präsident des Steuerungsausschusses Prioris, findet das Verhalten der Swisscom «stossend und nicht sauber». Er wolle zwar keinen Zusammenhang mit der Abstimmung herstellen, aber der Druck, der auf die Eigentümerinnen und Eigentümer ausgeübt werde, sei «unangenehm». Dass die Swisscom den Ausbau in Ruswil plane, hatte das Unternehmen Anfang Juli angekündigt. Etwa zu dieser Zeit erlitt Prioris auch einen Rückschlag: Egolzwil sagte Nein zum Projekt. Wie sich die Ruswiler Bevölkerung entscheidet, wird sich an der Abstimmung vom 22. September zeigen.

Wolf reisst mehrere Ziegen

Flühli Im Gebiet Haglere im Flühli hat Risse durch den Wolf gegeben. Dies meldet der Kanton Luzern per automatisierten SMS-Alarm. Auf Anfrage teilt die Wildhut des Kantons Luzern mit, dass mehrere Ziegen getötet worden seien. Einige Tiere würden noch gesucht.

Im Juni dieses Jahres wurde in den Gemeinden Knutwil und Beromünster die Präsenz des Wolfes auf Fotos nachgewiesen. Der letzte bestätigte Riss eines Wolfes ereignete sich im Februar dieses Jahres in Escholzmatt.

Die Behörden raten, Herdenschutzmassnahmen zu ergreifen. (egr)